



**„Mecklenburg-Vorpommern – Zusammenhalt bewahren,
Gemeinschaft stärken“**

Regierungserklärung von Ministerpräsident

Erwin Sellering

zu Beginn der 7. Wahlperiode 2016-2021

in Mecklenburg-Vorpommern

am 07. Dezember 2016

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

der Landtag hat mich am 1. November mit seiner Mehrheit erneut in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Unterstützung und für das Vertrauen. Und ich sage zu: Ich werde all meine Kraft dafür einsetzen, dass sich unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auch in den kommenden Jahren gut entwickelt.

Und ich lade Sie, meine Damen und Herren, und vor allem die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein, dabei mitzuwirken, sich mit eigenen Ideen einzubringen und Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Lassen Sie uns Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam auf einem guten Kurs halten!

Meine Damen und Herren,
es ist in Deutschland eine gute Tradition, im Bund wie in den Ländern, dass der Regierungschef zu Beginn einer neuen Wahlperiode eine Regierungserklärung abgibt und die wichtigsten Ziele und Maßnahmen der neuen Regierung vorstellt.

Das will ich gerne tun, ohne dabei allerdings auf jeden einzelnen Punkt der Regierungsvereinbarung einzugehen, sondern vor allem etwas zu sagen zu den politischen Schwerpunkten, auf die wir uns in den nächsten fünf Jahren konzentrieren wollen.

Eine wichtige Frage steht am Anfang:

Wo steht Mecklenburg-Vorpommern heute?

Meine Damen und Herren,
nach meiner Wahrnehmung haben zwei gegenläufige Stimmungen die Landtagswahl geprägt.

Auf der einen Seite habe ich eine sehr positive Stimmung erlebt, wenn es um die Entwicklung unseres Landes geht. Eine klare Mehrheit der Menschen in unserem Land ist der Überzeugung, dass sich Mecklenburg-Vorpommern seit der Deutschen Einheit gut entwickelt hat und dass wir nach vielen schwierigen Jahren inzwischen beachtliche Erfolge vorzuweisen haben.

Und es stimmt ja: Mecklenburg-Vorpommern hat deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die vergangenen Jahre waren die wirtschaftlich erfolgreichsten in der Geschichte unseres Landes. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Und das liegt, anders, als manche vermuten, nicht allein am demografischen Wandel. Das belegt die im selben Zeitraum um mehr als 50.000 gestiegene Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

Auch im sozialen Bereich gibt es viele positive Entwicklungen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt traditionell über ein gutes Angebot an Kita-Plätzen. Heute besuchen 97% der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern eine Kindertageseinrichtung, also eine Kita oder Tageseltern. Bei den Unter 3-Jährigen sind es 56%. Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern mit an der Spitze in Deutschland. Die Landesregierung aus SPD und CDU hat

in den vergangenen zehn Jahren die Landesausgaben für die Kinderbetreuung mehr als verdoppelt und das Kita-Angebot an vielen Punkten weiter verbessert.

Und wir investieren seit der vergangenen Wahlperiode 50 Millionen Euro jährlich in die Schulen, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, den Lehrerberuf im Land attraktiver zu machen und die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Es gibt bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ein großartiges ehrenamtliches Engagement. Mehr als 40 Prozent der Menschen in unserem Land engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen. Das ist der Spitzenwert in Ostdeutschland. Ich werde am kommenden Wochenende anlässlich des Tages des Ehrenamtes – wie jedes Jahr - rund 75 besonders Aktive auszeichnen, die mit ihrem großartigen Engagement für mehr Menschlichkeit, Wärme und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sorgen. Sie stehen stellvertretend für viele. Und ich denke, ich spreche für uns alle, wenn ich sage: Herzlichen Dank an alle Ehrenamtlichen für Ihr großartiges Engagement.

Zu den Erfolgen des Landes gehört auch, dass Mecklenburg-Vorpommern als eines von nur ganz wenigen Bundesländer ohne neue Schulden auskommt. Und das bereits seit 10 Jahren. Mehr noch: Es ist uns gelungen, dank einer guten wirtschaftlichen Entwicklung und einer sparsamen Haushaltsführung die Verschuldung des Landes um 900 Millionen Euro abzubauen. Ich finde, darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Meine Damen und Herren,
das Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap hat in seiner Wahlanalyse ermittelt, dass über 60 Prozent der Mecklenburger und Vorpommern mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden sind. Das ist der höchste Wert, den eine Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern bisher bei Landtagswahlen erzielt hat. Und das ist auch im bundesweiten Vergleich ein wirklich gutes Ergebnis.

Diese Zahl zeigt eines sehr deutlich, nämlich dass eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger das Land und seine Regierung auf dem richtigen Weg sieht.

Aus dem Wahlergebnis resultiert also keineswegs der Auftrag, künftig alles anders zu machen. Ich sehe im Gegenteil in diesem Wahlergebnis vor allem den Auftrag, das, was in den letzten Jahren erfolgreich war, kontinuierlich fortzuführen.

- Es bleibt auch in Zukunft richtig, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes auf den ersten Arbeitsmarkt auszurichten, auf gute, auf wettbewerbsfähige Arbeitsplätze
- Es bleibt richtig, einen Schwerpunkt bei Familien und Kindern zu setzen und die Kitas und Schulen im Land Schritt für Schritt weiter zu verbessern.
- Es bleibt richtig, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, die Älteren zu unterstützen und das Ehrenamt zu fördern, zum Beispiel mit der von uns neu eingerichteten Ehrenamtsstiftung
- Und es bleibt auch richtig, einen Kurs der soliden Finanzpolitik zu fahren, keine neuen Schulden aufzunehmen und nach Möglichkeit alte Schulden weiter abzubauen. Im Interesse kommender Generationen

Das war die gemeinsame Linie von SPD und CDU in den vergangenen Jahren. Und das werden auch in den kommenden Jahren wichtige Schwerpunkte unserer gemeinsamen Regierungsarbeit sein. Da setzen wir auf Kontinuität.

Allerdings ist das nur die eine Seite der Medaille. Denn natürlich spiegelt die Landtagswahl auch wieder, was sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern an erheblichem Unmut über Handeln und Haltung in der Flüchtlingskrise entwickelt hat und bis heute anhält.

Sie alle wissen, ich habe dazu verschiedentlich kritisch Position bezogen. Das will ich heute hier bekräftigen.

Ich halte es nach wie vor für richtig, dass ein starkes Land wie Deutschland Menschen in Not hilft, die in ihrer Heimat Krieg, Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit. Und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, Flüchtlinge, die zu uns kommen, anständig zu behandeln, sie nicht zu diskriminieren oder gar anzugreifen.

Deshalb müssen wir denen klar entgegentreten, die Ängste und Sorgen der Menschen bewusst noch weiter schüren, um sie für sich zu nutzen, und die dabei vor rechtsextremen Parolen, vor Aggressionen und Hass nicht zurückschrecken.

Ich bin allerdings ebenso fest davon überzeugt, dass auch ein Land wie Deutschland nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen kann. Das überfordert die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Und vor diesem Hintergrund muss man klar sagen: Es war ein Fehler, dass im vergangenen Herbst über Monate hinweg unbegrenzt und unkontrolliert eine große Zahl von Flüchtlingen nach Deutschland kommen konnte. Es hat viel zu lange gedauert, diese Entwicklung in den Griff zu bekommen. Und es war fatal, diese Politik als alternativlos darzustellen.

Inzwischen ist die Zuwanderung deutlich zurückgegangen. Einige Regeln im Asylrecht sind korrigiert worden. Und auch die Kanzlerin hat ihre Position und ihre Rhetorik inzwischen erheblich verändert. Das Thema ist damit aber noch lange nicht durch. Die Flüchtlingsfrage hat eine tiefe Spaltung und große Verunsicherung in unserer Gesellschaft bewirkt. Und das wirkt weiter fort.

Meine Damen und Herren,
die Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen ist sicher die Hauptursache für den Unmut, der in den vergangenen Monaten ja auch bei Wahlen in anderen Bundesländern zu spüren war. Daneben gab es aber auch aus anderen Gründen schwierige Diskussionen hier im Land, die bei dieser Wahl ihren Niederschlag gefunden haben.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren einige kontrovers diskutierte und auch schwierige Strukturreformen durchgeführt. Zum Beispiel die Kreisgebiets- oder die Gerichtsstrukturreform. Wir sind davon überzeugt, dass diese Reformen notwendig waren, um möglichst leistungsfähige Verwaltungen zu erhalten und um unsere Zukunft finanziell aus eigener Kraft gestalten zu können. Wir verkennen aber nicht, dass diese Reformen auch dazu beigetragen haben, dass in einigen Regionen unseres Landes bei manchen das Gefühl entstanden ist, abgehängt zu sein.

Meine Damen und Herren,

die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor einigen Tagen in einer umfangreichen Studie zur Mitte in Deutschland eine wachsende Polarisierung unserer Gesellschaft festgestellt. Sie zeigt sich in stark auseinandergelassenen Meinungen und Einstellungen, aber auch in einem deutlich schärfer gewordenen Ton in der Auseinandersetzung, bis hin zu Hass und Gewalt.

Das bereitet mir als Ministerpräsident große Sorgen. Es war immer eine der großen Stärken unseres Landes, das wir gut zusammengehalten haben, dass wir unsere Konflikte friedlich und oft – nach, in der Sache durchaus harten Diskussionen - in einem breiten Konsens gelöst haben. Es ist mir sehr wichtig, dass wir uns unseren starken Zusammenhalt in Mecklenburg-Vorpommern erhalten. Das ist eine der schwersten und zugleich eine der wichtigsten Aufgaben für die kommenden fünf Jahre.

Meine Damen und Herren,

der Unmut in Teilen der Bevölkerung war sicherlich der Hauptgrund, dass die AfD als neue Partei in den Landtag eingezogen ist. Nun, meine Damen und Herren von der AfD, müssen Sie sich entscheiden. Wollen Sie sachlich mitarbeiten und das Land gemeinsam mit den anderen Kräften hier im Landtag voranbringen oder sehen Sie Ihre Aufgabe darin, Unmut zu schüren und Hass zu verbreiten?

Meine Damen und Herren,

wir wollen eine Landesregierung für alle Menschen im Land sein. Für diejenigen, die die Entwicklung des Landes alles in allem positiv sehen. Aber auch für die Unzufriedenen. Wir wissen: Das wird nicht einfach. Aber wir wollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen, die der Entwicklung in unserem Land ablehnend gegenüberstehen.

Das setzt voraus, dass man miteinander ins Gespräch kommt. Wir sind dazu bereit. Sie wissen: Ich veranstalte regelmäßige Bürgersprechstunden überall im Land. In den letzten 8 Jahren waren das 69 Sprechstunden, bei denen ich mit mehr als 1600 Bürgerinnen und Bürgern gesprochen habe, mit vielen wichtigen Anregungen und Rückmeldungen für meine Arbeit. Diese Bürgersprechstunden werde ich selbstverständlich fortsetzen, die erste der neuen Wahlperiode hat am Freitag in Bargeshagen stattgefunden.

Hinzu wird eine neue Veranstaltungsreihe kommen. Wir haben festgelegt, dass alle Ministerinnen und Minister einmal pro Halbjahr ein Bürgerforum in einem Rathaus, in einem Bürgerhaus anbieten. Natürlich so aufeinander abgestimmt, dass alle Regionen des Landes abgedeckt werden. Und ich lade alle Bürgerinnen und Bürger ein, zu uns zu kommen, sich zu informieren, mit uns zu diskutieren. Kommen Sie, mit ihren Anregungen, kommen Sie auch mit ihrer Kritik. Wir werden unser Land nur gemeinsam weiter voranbringen können

Meine Damen und Herren,

wir wollen dazu auch die direkten Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger ausweiten. Unsere Verfassung sieht hierfür bislang die Instrumente Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid vor. Die dafür bisher vorgeschriebenen Quoren haben wir zum Ende der vergangenen Wahlperiode in einem breiten Konsens hier im Landtag gerade erst abgesenkt.

Jetzt wollen wir zusätzlich die Möglichkeit von Volksbefragungen einführen, um die Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig in Entscheidungen einbinden zu können. Es ist klar, dass wir dafür eine Verfassungsänderung und damit eine Zwei-Drittel-Mehrheit hier im Landtag brauchen. Wir werden deshalb mit einem entsprechenden Vorschlag auf Sie zukommen.

Meine Damen und Herren,
die Landesregierung ist für das gesamte Land da. Alle Regionen des Landes liegen uns gleichermaßen am Herzen. Sie alle müssen in ihrer Entwicklung gefördert werden.

Und erfreulicherweise haben alle Landesteile in den 26 Jahren seit der Deutschen Einheit deutliche Fortschritte gemacht. Auch in Vorpommern ist die Wirtschaftskraft gewachsen. Auch dort ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Auch dort blicken die Unternehmerinnen und Unternehmer, wie man den Erhebungen der IHK zu Neubrandenburg entnehmen kann, zuversichtlich in die Zukunft.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass Vorpommern mit deutlich mehr Strukturproblemen zu kämpfen hat als der Landesteil Mecklenburg. Ich will sehr deutlich sagen: Das liegt nicht an den Menschen in Vorpommern, nicht an den Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schwierigkeiten Vorpommerns haben vor allem mit der geografischen Lage zu tun, mit der Randlage in Deutschland, mit der noch nicht wieder voll entwickelten Strahlkraft der einstigen Metropole Stettin.

Deshalb gibt es bei manchen in Vorpommern das Gefühl, abgehängt zu sein. Auch: Nicht so von Schwerin wahrgenommen und unterstützt zu werden. Das war für mich der Grund, warum ich den Vorschlag des Regierungspartners CDU, erstmals in der Geschichte unseres Landes einen Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern zu berufen, aufgegriffen habe. Staatssekretär Dahlemann soll Kümmerer vor Ort, ein zusätzlicher Ansprechpartner für die Akteure und der besondere Interessenvertreter Vorpommerns am Kabinetttisch sein. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Es geht nicht darum, den einen Landesteil gegenüber dem anderen Landesteil zu bevorzugen. Sondern es geht darum, beide Landesteile mit ihren Besonderheiten gut zu entwickeln

Und ich erhoffe mir, dass wir etwas erreichen, was wir schon einmal in der ersten rot-roten Landesregierung geschafft haben, nämlich die Entwicklung konkreter Projekte, die dann gemeinsam von der Landesregierung und den Akteuren vor Ort umgesetzt werden. Damals waren es z.B. der Ausbau der Usedomer Bäderbahn und die Entwicklung des Industriehafens Lubmin. Beide Entscheidungen haben sich als nachhaltig gut für ganz Vorpommern herausgestellt. Das wünsche ich mir auch für diese Wahlperiode: dass sich Akteure auf zwei, drei zentrale Projekte verständigen, die machbar sind und die Region insgesamt voranbringen. Ich lade Sie alle ein: Helfen Sie mit, Projekte von ähnlich positiver Wirkung zu finden. Und lassen Sie uns diese Projekte dann gemeinsam auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren,
wir wollen uns aber auch weiter insgesamt dem ländlichen Raum zuwenden, und dazu für die nächsten Jahre ein Programm für die besondere Unterstützung der sogenannten ländlichen Gestaltungsräume entwickeln. Vordringliches Ziel ist es, auch in diesen mit besonderen

demografischen Problemen belasteten Regionen, die elementare öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern: Kita, Schule, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Gelegenheit zur Gemeinschaft, Austausch und Kommunikation. Dabei geht es zu allererst um die Lebensqualität für die Menschen vor Ort. Aber zugleich geht es auch um die Attraktivität für Unternehmen, die sich in der Region ansiedeln wollen und dafür motivierte Arbeitskräfte brauchen. Dieser besondere, zusätzliche Einsatz des Landes setzt allerdings voraus, dass die Kommunen des jeweiligen definierten ländlichen Gestaltungsraumes gemeinsam handeln, gemeinsame Anträge für die Gesamtentwicklung stellen.

Nur so kann es sinnvolle und bezahlbare Lösungen geben. Und gleichzeitig kommt dadurch ein Prozess in Gang, der die gemeinsamen Interessen vor Ort bewusster macht und Gemeinschaft und Zusammenhalt fördert.

Außerdem werden wir das Programm „Neue Dorfmitte“ fortsetzen, durch das viele kreative Ideen entstanden sind, wie zum Beispiel die Wiederbelebung des alten Dorfkonzums, der dann aber nicht nur Einkaufsmöglichkeiten bietet, sondern auch als soziales Zentrum fungiert.

Meine Damen und Herren,
der Koalitionsvertrag führt also einerseits die erfolgreiche Arbeit fort und er setzt andererseits die notwendigen neuen Akzente. Er steht für Kontinuität und er steht für Wandel, und zwar in genau dem richtigen Verhältnis und auf den genau richtigen Politikfeldern.

Schwerpunkte der zukünftigen Regierungsarbeit

Ich möchte Ihnen nun die wichtigsten Schwerpunkte unserer Regierungsarbeit für die kommenden fünf Jahre vorstellen.

1. Wirtschaft und gute Arbeit

Das Wichtigste ist auch in den kommenden fünf Jahren, das Land wirtschaftlich weiter voranzubringen, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden und damit das Lohnniveau steigt. Das ist der beste Weg für unser Land, auch bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut.

Vor dem Hintergrund der zurückgehenden Fördermittel ist dafür erforderlich, dass wir bei der Wirtschaftsförderung einen klaren Schwerpunkt bei den Branchen setzen, in denen wir besonders gute Zukunftschancen haben. Das sind Branchen, in denen unser Land traditionell stark ist, wie der Tourismus, die Land- und Ernährungswirtschaft oder auch die maritime Wirtschaft einschließlich der Häfen. Dazu gehören aber auch moderne Zukunftsbranchen von der Windenergieindustrie und der Gesundheitswirtschaft über die Kreativwirtschaft und den IT-Bereich bis hin zu Automotiv und Luftfahrtzulieferer. Dabei bilden das Handwerk und der gewerbliche Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Meine Damen und Herren,
die Landesregierung sieht eine besondere wirtschaftliche Chance für unser Land in der Energiewende. Die erneuerbaren Energien haben in den letzten Jahren wie erwartet ganz

erheblich als Wirtschaftsfaktor an Bedeutung gewonnen. Mittlerweile arbeiten mehr als 15.000 Menschen in diesem Bereich.

Wir wissen aus Umfragen und vielen Gesprächen: Die Mehrzahl der Menschen in unserem Land steht hinter der Energiewende. Sie finden es richtig, dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigt und dass die erneuerbaren Energien dafür ausgebaut werden. Dennoch gibt es vor Ort immer wieder starke Kritik an einzelnen Projekten, an Windparks oder Biogasanlagen. Darauf kann es nur eine Antwort geben: an der Energiewende festhalten, aber darauf achten, dass es möglichst wenig Beeinträchtigungen für die Bevölkerung gibt. Denn wir wollen, dass die Energiewende ein Erfolg wird.

Meine Damen und Herren,
bei der Unterstützung von Unternehmen geht es uns um Neuansiedlungen ebenso wie um Erweiterungen und Existenzgründungen. Wirtschaftsförderung ist für diese Landesregierung allerdings kein Selbstzweck. Es geht uns bei all unseren Maßnahmen um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen – um gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen.

Deshalb werden wir zu Beginn der Wahlperiode mit den Gewerkschaften und den Unternehmensvertretern darüber sprechen, wie wir die Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Schaffung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können. Und wir werden prüfen, ob und wie wir das Landesvergabegesetz so ändern können, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht benachteiligt ist, wer Tariflohn zahlt.

Meine Damen und Herren,
faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind im Übrigen heute mehr als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Sie sind in Zeiten eines härter werdenden Wettbewerbs um Fachkräfte längst auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft. Viele Firmen im Land haben das dankenswerterweise erkannt und unternommen Anstrengungen zur Fachkräftesicherung.

Die Landesregierung wird die Unternehmen unseres Landes bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen. Zum Beispiel, indem wir die Meisterausbildung im Handwerk und in der Industrie noch stärker fördern. Das in diesem Jahr eingeführte Meister-Extra wird auf 2.000 Euro verdoppelt. Die 50 besten Meisterinnen und Meister sollen einen Meister-Dank in Höhe von 5.000 Euro erhalten. Ich denke, das ist eine gute Nachricht für die Nachwuchskräfte und für das Handwerk insgesamt.

2. Infrastruktur

Meine Damen und Herren,
eine moderne Infrastruktur ist aus zwei Gründen wichtig für unser Land. Sie ist Voraussetzung dafür, dass sich die Wirtschaft weiter gut entwickelt. Und sie ist von großer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger, ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Deshalb sind Ausbau und Erhalt der Infrastruktur der zweite Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit in den kommenden fünf Jahren.

Das gilt für den Straßenbau. Da wollen wir mit der A14 bis zur Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt und der B 96n auf Rügen zwei wichtige Projekte fertigstellen. Zugleich wird es darum gehen, die ersten Projekte auf den Weg zu bringen, deren Aufnahme in den neuen, bis 2030 geltenden Bundesverkehrswegeplan wir erreicht haben. Und wir werden verstärkt in den Erhalt von Autobahnen und Straßen investieren.

Das gilt für unsere Häfen. Sie sind nicht nur Umschlagplatz und Anlaufpunkt für Fähr- und Kreuzfahrtschiffe. Sie zählen heute auch zu den wichtigsten Industriestandorten. Deshalb werden wir die Häfen im Land weiter ausbauen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgesehenen Vertiefungen der Fahrrinnen zu den Häfen Rostock und Wismar zügig umgesetzt werden. Wir werden die Hafeninfrastruktur weiter modernisieren und zusätzliche Flächen für die Industrie zur Verfügung stellen.

Das gilt auch für den Wohnungsbau. Nachdem wir viele Jahre ein Überangebot an Wohnungen hatten, hat sich das insbesondere in den Universitätsstädten rasant verändert, so dass dort in Zukunft zunehmend Wohnungsnot zu befürchten ist, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern. Wir müssen also rasch für den Bau preiswerter Wohnungen sorgen.

Nicht nur für Studierende, sondern auch für Geringverdiener und Rentner. Wir werden deshalb das Landesprogramm für den sozialen Wohnungsbau fortführen und weiter ausbauen.

Und schließlich gilt das auch für die digitale Infrastruktur. Ich bin sehr stolz darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern in den ersten beiden Runden des Bundesprogramms zum Ausbau der digitalen Infrastruktur so sehr erfolgreich war, weit mehr als jedes andere Bundesland. Und ich bin sehr dankbar, dass der vorherige Landtag, quasi als letzte Entscheidung vor der Wahl, sichergestellt hat, dass wir all diese Projekte kofinanzieren können. Wir werden dafür auch auf Rücklagen des Landes zurückgreifen. Aber ich bin davon überzeugt, das ist gut investiertes Geld. Wir brauchen schnelles Internet – überall bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

3. Familien und Kinder

Meine Damen und Herren,
diese Landesregierung hat bereits in den vergangenen beiden Wahlperioden einen Schwerpunkt beim Thema „Familie und Kinder“ gesetzt. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen haben wir vor allem die Kitas im Land verbessert.

Ich will einiges davon noch einmal in Erinnerung rufen. Wir haben über einen Zuschuss die Elternbeiträge in der Krippe und im letzten Kindergartenjahr abgesenkt. Wir haben den Betreuungsschlüssel im Kindergarten von 1:18 auf 1:15 verbessert, damit die Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Hinzu kommen mehr Vor- und Nachbereitungszeiten, eine besondere Förderung von Kitas in Brennpunkten und mehr Qualität in der vorschulischen Bildung.

Wir wollen in dieser kommenden Wahlperiode weitere Schritte gehen, um die Kinderbetreuung im Land zu verbessern. Wir werden ein 30 Millionen-Euro-Paket für die Kitas auflegen. Mit diesen Mitteln werden wir die Elternbeiträge in Krippe und Kindergarten über einen Zuschuss um 50 Euro pro Kind und Monat absenken. Und wir werden außerdem die Familien, die besonders hohe Lasten zu tragen haben, weil sie für zwei oder mehr Kinder den Elternbeitrag

zahlen müssen, noch einmal zusätzlich entlasten. Sie zahlen dann für das zweite Kind nur noch die Hälfte und ab dem dritten Kind überhaupt keinen Elternbeitrag.

Das ist ein realistisches, ein machbares Programm für die kommenden fünf Jahre. Nun werden Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sicher gleich erklären, dass das alles noch viel zu wenig ist und Sie mehr wollen. Und es stimmt ja, beide Oppositionsparteien, die LINKE wie die AfD, haben den Menschen im Land vor der Wahl mehr versprochen als wir, nämlich die insgesamt vollständig kostenlose Kita und dazu noch Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel. Sie haben nur eins vergessen – und auch das verbindet Sie beide. Sie haben den Menschen nicht erklärt, wie Sie das finanzieren wollen. Dazu kann ich nur sagen: So darf man mit den Wählerinnen und Wählern nicht umgehen. Nur versprechen und darauf zu setzen, dass man schon nicht in die Verlegenheit kommen wird, nach der Wahl die Verantwortung für die Umsetzung übernehmen zu müssen, ist zu wenig. Sie müssen auch Vorschläge für eine konkrete und solide Finanzierung machen.

Wir tun das. Wir haben zusätzlich zu den jetzt beschlossenen konkreten Entlastungsschritten fest vereinbart: Wir setzen in Zukunft $\frac{3}{4}$ der Haushaltsüberschüsse zur Tilgung ein. Und werden die dadurch gewonnenen langfristigen finanziellen Spielräume vor allem dazu nutzen, die Elternbeiträge Schritt für Schritt immer weiter abzusenken.

Denn auch unser langfristiges Ziel ist die beitragsfreie Kita, nur eben solide, realistisch, nachhaltig finanziert.

4. Gute Schulen

Meine Damen und Herren,
die Schulen werden in dieser Wahlperiode ein Schwerpunkt dieser Landesregierung sein. Dabei sind wir uns bewusst: Gute Schulen lassen sich nur gemeinsam – unter Einbeziehung von Lehrern, Eltern, Schülern – gestalten.

Ich bin sehr dankbar, dass es gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, CDU und der LINKEN in der vergangenen Wahlperiode gelungen ist, ein gemeinsames Konzept für die Inklusion zu entwickeln. Wir werden es in den kommenden Jahren zügig, aber nicht überstürzt und vor allem unter Einbeziehung der Eltern Schritt für Schritt umsetzen. Dazu werden insgesamt 237 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. Außerdem werden wir die Förderung von Schulneubauten und Schulsanierungen mit dem Schwerpunkt der Inklusion fortsetzen.

Meine Damen und Herren,
daneben gibt es natürlich noch viele andere wichtige Aufgaben im Schulbereich:

- Wir werden den Deutschunterricht stärken. Künftig wird es an den Grundschulen eine zusätzliche Unterrichtsstunde Deutsch pro Woche geben.
- Wir werden die Zahl der Ganztagschulen weiter erhöhen. Unser Ziel ist es, für zusätzliche 10.000 Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsbetreuung anzubieten.
- Wir werden weiter daran arbeiten, dass der Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern attraktiv bleibt. Mit unserem 50-Millionen-Euro-Paket, und hier insbesondere mit der

Möglichkeit einer Verbeamtung, haben wir hier bereits wichtige Schritte unternommen. Weitere sollen folgen, wie zum Beispiel die Einführung von Arbeitszeitkonten.

- Wir werden auf Bundesebene für eine stärkere Vereinheitlichung des Schulsystems eintreten. Heute ist es oft mit erheblichen Erschwernissen für Eltern und Schülern verbunden, wenn sie von einem Bundesland in ein anderes Bundesland wechseln müssen. Wir wollen, dass es bei Stundentafeln, Rahmenplänen und vor allem bei den Abschlüssen mehr Vergleichbarkeit gibt.
- Und noch für ein anderes Anliegen werden wir uns auf Bundesebene einsetzen. Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen wird in Berlin derzeit darüber diskutiert, ob der Bund künftig finanzschwachen Kommunen bei der Schulsanierung helfen darf. Gerade Mecklenburg-Vorpommern würde von einem solchen Schulsanierungsprogramm profitieren. Und deshalb werden wir dafür eintreten, dass das möglich wird.

Meine Damen und Herren,

unsere Hochschulen zählen zu den Leuchttürmen unseres Landes. Sie bieten hervorragende Bedingungen für Forschung und Lehre. Und sie ziehen heute Studierende aus ganz Deutschland an. Wir werden die guten Bedingungen an unseren Hochschulen und auch an den außeruniversitären Einrichtungen weiter verbessern. Für den Hochschulbau werden in den Jahren 2016 bis 2020 über 400 Millionen Euro zur Verfügung stehen, für wissenschaftliche Großgeräte über 60 Millionen Euro. Darüber hinaus werden wir den Studierendenwerken bis 2020 sieben bis acht Millionen Euro an Zuschüssen für den Bau und die Modernisierung von Wohnheimen zur Verfügung stellen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein reiches kulturelles Erbe und ein vielfältiges kulturelles Angebot. Wir werden das kulturelle Erbe bewahren und das kulturelle Leben im Land mit einer Vielzahl von Maßnahmen fördern. Dazu gehören die Umsetzung des Programmes „Meine Heimat – mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“, die Unterstützung der Bewerbung Schwerins um die Aufnahme ins Weltkulturerbe, die Schaffung zukunftsfähiger Theaterstrukturen, gemeinsam mit den Kommunen, die Förderung der Musikschulen und die Unterstützung der großen Musikfestivals in unserem Land. Gerade im ländlichen Raum tragen oft kleine kulturelle Initiativen zum sozialen Zusammenhalt bei. Wir wollen vor allem mit Blick auf sie die Antragsverfahren für die Kulturförderung vereinfachen.

5. Den sozialen Zusammenhalt stärken

Meine Damen und Herren,

das führt mich zum fünften Schwerpunkt. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken und gleichermaßen Chancen für Jung und Alt, für Männer und Frauen, für Einheimische und Zugezogene eröffnen.

Ebenso wie Familien und Kinder brauchen auch die Älteren in unserem Land unsere besondere Unterstützung. Sie haben wechselvolle Zeiten durchlebt, meist ein Leben lang hart gearbeitet und wollen jetzt im Ruhestand ein aktives und selbstbestimmtes Leben führen. Es ist ein großer Gewinn für unser Land, dass Mecklenburg-Vorpommern gerade für ältere Menschen attraktiv ist, dass sie sich hier wohl fühlen und dass manche aus anderen Bundesländern kommen, um hier bei uns ihren Ruhestand zu genießen.

In der vergangenen Wahlperiode hat sich eine Enquete-Kommission mit dem „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ befasst. Sie hat gute Vorschläge vorgelegt. Vieles davon findet sich in der Regierungsvereinbarung von SPD und CDU wieder.

Die wichtigste Aufgabe besteht in den kommenden Jahren darin, mehr altersgerechte Wohnungen im Land zu schaffen. Wir wollen ein 20-Millionen-Euro Programm auflegen, um mehr Wohnungen im Land altersgerecht herzurichten. Darüber hinaus werden wir das Sonderprogramm „Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen“ fortsetzen. Und wir wollen über eine Prüfung der Landesbauordnung, aber auch durch die Instrumente der Wohnungsbau- und der Städtebauförderung sicherstellen, dass Neubauten gleich so errichtet werden, dass sie älteren Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Meine Damen und Herren,
gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu einem aktuellen Thema. Wie Sie wissen, setze ich mich seit vielen Jahren für die Angleichung der Renten in Ost und West ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass es mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch unterschiedliche Renten in Ost und West gibt.

Ich habe 2013 bei der Bildung der heutigen Bundesregierung an den Verhandlungen zu diesem Thema teilgenommen. Damals ist festgeschrieben worden, dass die Angleichung der Renten mit Auslaufen des Solidarpaktes II, also Ende 2019 abgeschlossen sein soll. Das war für mich ein gerade noch akzeptabler Kompromiss.

Umso enttäuschender ist, dass jetzt auf Bundesebene die Rentenangleichung auf das Jahr 2025 verschoben worden ist. Bundesministerin Nahles hat Wort gehalten. Sie hat einen Entwurf vorgelegt, dass eine Rentenangleichung in zwei Stufen bis Ende 2019 vorsah – so wie das damals vereinbart war. Aber dieser Vorschlag hat nicht die notwendige Unterstützung innerhalb der gesamten Bundesregierung gefunden.

Ich habe mich nach Absprache mit meinen Kollegen aus Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg als Vorsitzender der Regierungschefs der ostdeutschen Länder an die Vorsitzenden der drei die Koalition bildenden Parteien gewandt und sie aufgefordert, beim ursprünglichen Zeitplan zu bleiben. Denn es geht hier nicht allein um eine finanzielle Besserstellung der Rentnerinnen und Rentner. Es geht vor allem auch um Augenhöhe und Respekt vor ostdeutschen Lebensleistungen. Deshalb werden wir weiter für eine möglichst schnelle Angleichung der Renten eintreten!

Meine Damen und Herren,
die Landesregierung setzt sich weiter für die Gleichstellung von Männern und Frauen ein. Die Regierungspartner sind sich einig, dass insbesondere der Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter erhöht werden muss. Mit dem neuen Landesgleichstellungsgesetz haben wir die Grundlage geschaffen, dies in der Landesverwaltung kontinuierlich tun zu können. Und wir werben mit Nachdruck dafür, dass andere Bereiche der Gesellschaft diesem Beispiel folgen.

Ein weiterer wichtiger Punkt beim Thema „sozialer Zusammenhalt“ ist die Integration. Wir müssen denjenigen Flüchtlingen, die bei uns bleiben dürfen und bleiben wollen, die Chance

geben, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Es geht um die Integration in Kitas, in Schulen und vor allem in den Arbeitsmarkt.

Die Arbeit in dem von uns aufgebauten Integrationsbüro in der Erstaufnahmestelle Stern Buchholz, die bundesweit als vorbildlich gelobt wird, zielt darauf ab, Flüchtlinge von vornherein dorthin zuzuweisen, wo die Chancen auf Integration besonders gut sind. Diesen Weg werden wir weiter verfolgen.

Wir haben im letzten Jahr eine große Welle der Hilfsbereitschaft erlebt. Tausende Menschen in unserem Land helfen vor Ort mit bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Sie unterstützen die Flüchtlinge auf vielfältige Weise, zum Beispiel beim Knüpfen erster Kontakte oder bei Behördengängen. Wir sagen: Vielen herzlichen Dank für dieses großartige Engagement. Und wir sagen zu, dass wir die Ehrenamtlichen bei ihrer Arbeit weiter unterstützen.

Für das Gelingen der Integration ist im Übrigen letztlich eines ganz entscheidend. Wir müssen die Sorge der Menschen in unserem Land, dass ihre Bedürfnisse, ihre Wünsche aufgrund der Hilfe für Flüchtlinge auf der Strecke bleiben, ernst nehmen. Und wir müssen Lösungen finden, bei denen Einheimische und Flüchtlinge nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb werden wir beispielsweise die Mittel, die der Bund den Ländern für zusätzliche Kita-Plätze zur Verfügung stellt, auch weiterhin vollständig an die Kommunen weiterreichen, damit diese bei Bedarf neue Plätze schaffen können. Wir brauchen Kita-Plätze für alle. Für Kinder aus Flüchtlingsfamilien ebenso wie für Kinder aus einheimischen Familien.

Meine Damen und Herren,
es gibt aber noch eine andere Seite. Ich bin davon überzeugt: Wir werden bei der Integration der Flüchtlinge, die unseren Schutz brauchen, nur erfolgreich sein, wenn diejenigen Zuwanderer, bei denen in einem rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt wurde, dass sie unseren Schutz nicht brauchen, in ihre Heimat zurückkehren müssen. Wenn nicht freiwillig, dann auch per Abschiebung.

6. Solide Finanzen

Meine Damen und Herren,
der sechste und letzte Schwerpunkt, den ich hier ansprechen möchte, ist die Fortführung der soliden Finanzpolitik.

Die wahrscheinlich wichtigste finanzpolitische Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes ist schon in den ersten Tagen der neuen Wahlperiode vorgenommen worden. Ich freue mich sehr darüber, dass es unter dem Vorsitz Mecklenburg-Vorpommerns in der Ministerpräsidenten-Konferenz nach langen Verhandlungen endlich gelungen ist, zu einem Kompromiss bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu kommen.

Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dieser Kompromiss, dass wir zumindest einen Teil der wegfallenden Solidarpakt-Mittel auffangen können. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch nach 2020 in die Bereiche investieren können, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind: in Wirtschaft und Arbeit, in Familien und Kinder, in gute Schulen. Und

deshalb bin ich sehr froh, dass die Länder nach zähen Verhandlungen mit dem Bund diese Lösung erreicht haben.

Trotz dieses Erfolges, meine Damen und Herren, stehen wir aber vor erheblichen finanzpolitischen Herausforderungen. Wir können nicht davon ausgehen, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, die mit hohen Steuereinnahmen verbunden war, für die gesamte Wahlperiode anhält. Wir können auch nicht davon ausgehen, dass die Zinsen so niedrig bleiben. Und wir müssen damit rechnen, dass ab 2020 die EU-Fördermittel für unser Land erheblich zurückgehen.

Umso wichtiger ist es, dass wir den Kurs der soliden Finanzpolitik weiterverfolgen. Unser Ziel ist es, auch in den kommenden Jahren der Wahlperiode ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Und natürlich wollen wir, wann immer das möglich ist, die Verschuldung des Landes weiter abbauen.

SPD und CDU haben vereinbart, dass wir immer dann, wenn wir das Haushaltsjahr mit einem Plus abschließen, drei Viertel der Überschüsse für die Schuldentilgung einsetzen werden, um zusätzliche Handlungsspielräume zu gewinnen – vorrangig wie gesagt, für die Beitragssenkung in den Kitas.

Als weitere Motivation für uns alle, solide zu wirtschaften und möglichst Überschüsse zu erzielen, haben wir zudem beschlossen, mit dem letzten Viertel einen Strategiefonds zu speisen. Die Mittel daraus werden wir einsetzen, um den Kofinanzierungsfonds für die Kommunen fortzuführen, einen neuen Fonds für die ländlichen Gestaltungsräume einzurichten und ein Sonderprogramm Schulbau mit Schwerpunkt Inklusion zu finanzieren. Eine solide Finanzpolitik, verbunden mit Investitionen in die Zukunft des Landes – das ist der richtige Weg, um unser Land weiter voranzubringen.

Meine Damen und Herren,
eine solide Finanzpolitik ermöglicht es uns auch, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren. Zum Beispiel bei der Inneren Sicherheit, die beiden Koalitionspartner am Herzen liegt. Sie wissen, dass die Landesregierung in der vergangenen Wahlperiode ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben hat, um zu ermitteln, welche Polizeistärke unser Land angesichts einer veränderten Sicherheitslage braucht. Polizistinnen und Polizisten leisten einen unverzichtbaren Dienst für unser Gemeinwesen, und bei uns in Mecklenburg-Vorpommern tun sie das mit großem, vorbildlichem Einsatz. Sie haben deshalb einen Anspruch darauf, dass wir sie mit ihren Problemen nicht alleine lassen und dass sie jede mögliche Unterstützung bekommen. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass unsere Polizei insgesamt und im Vergleich zu anderen Ländern über eine gute Stellenausstattung verfügt, dass wir aber aufgrund vor allem einer ungünstigen Altersstruktur zu wenig Polizisten in der Fläche im Einsatz haben. Darauf reagieren wir. Wir werden die Zahl der Stellen im Polizeidienst in dieser Wahlperiode um 150 erhöhen, ausschließlich für den Einsatz in der Fläche. Und der Innenminister wird durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass weitere 150 Polizistinnen und Polizisten, die zurzeit Innendienst leisten, für den Einsatz in der Fläche zur Verfügung stehen. Das bedeutet: 300 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten vor Ort. Eine ganz erhebliche finanzielle Anstrengung, aber eben auch mehr Innere Sicherheit für uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren,

die Landesregierung ist sich bewusst, dass wir wichtige landespolitische Aufgaben nur gemeinsam mit den Kommunen, mit den Kreisen und kreisfreien Städten und mit den Gemeinden lösen können. Das gilt im wirtschaftlichen Bereich genauso wie bei der Festigung des sozialen Zusammenhalts in Mecklenburg-Vorpommern. Wir bekennen uns zu unserer gemeinsamen Verantwortung und zu einer fairen Partnerschaft.

Land und Kommunen stehen in den nächsten Jahren vor der schwierigen Aufgabe, zu einer Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zu kommen – und damit ist nicht nur der Ausgleich zwischen Land und Kommunen, sondern vor allem der Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen gemeint. Das Land und die Kommunen haben sich darauf verständigt, ein gemeinsames unabhängiges Gutachten erstellen zu lassen. Und auf dieser Basis wollen wir zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Mecklenburg-Vorpommern braucht starke und handlungsfähige Kommunen.

Meine Damen und Herren,

die Landesregierung aus SPD und CDU hat klare Ziele für die kommenden fünf Jahre. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden und damit das Lohnniveau weiter steigt. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt festigen, indem wir Familien und Kinder fördern, gute Bildungschancen eröffnen und auch die älteren Menschen in unserem Land unterstützen. Und bei alledem wollen wir sparsam wirtschaften und weiter ohne neue Schulden auskommen. Das ist unser Weg zu einem wirtschaftlich starken und sozial gerechten Mecklenburg-Vorpommern.

Und diese Landesregierung steht für Ansprechbarkeit und Bürgernähe, für den fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen, für solide und verlässliche Regierungsarbeit. Ich bin fest davon überzeugt: Dafür haben die Menschen uns gewählt. Sie erwarten, dass wir Mecklenburg-Vorpommern gut regieren und das Land Schritt für Schritt weiter voranbringen. Das wollen wir auch weiterhin tun.

Meine Damen und Herren von der Opposition,

wir laden Sie ein, uns auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten. Regierung und Opposition haben nach unserer Verfassung unterschiedliche Aufgaben. Die Aufgabe der Regierung und der sie tragenden Fraktionen ist es, das Land durch konkrete Entscheidungen auf gutem Kurs zu halten. Die Aufgabe der Opposition besteht darin, die Arbeit der Landesregierung kritisch zu hinterfragen, sie zu kontrollieren und den Konzepten der Regierung eigene Alternativen gegenüberzustellen.

Dennoch sollten wir immer dort, wo es möglich ist, auch zu gemeinsamem Handeln bereit und fähig sein. Ich bin sicher, auch die Wählerinnen und Wähler der Oppositionsparteien wollen die konstruktive Lösung ihrer Probleme und nicht Zank und Streit um der Auseinandersetzung willen. Für SPD und CDU darf ich sagen: Wir wollen das demokratische Miteinander pflegen und nach Wegen suchen, Mecklenburg-Vorpommern auch parteiübergreifend weiter voranzubringen. Das beinhaltet, dass wir Ihre Vorschläge vorurteilsfrei prüfen und sie aktiv unterstützen werden, wenn wir davon überzeugt sind, dass sie in die richtige Richtung gehen. Und wir erwarten, dass Sie das umgekehrt ebenso halten.

Unsere Einladung zur Zusammenarbeit geht aber vor allem an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Die Mecklenburger und Vorpommern zeichnen sich durch eine besonders starke Heimatverbundenheit aus. Nach den Zahlen des letzten Mecklenburg-Vorpommern-Monitors sagen 95 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass es sich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gut oder sehr gut leben lässt. Es ist eine große Stärke unseres Landes, dass sich so viele mit großer Begeisterung und viel Herzblut dafür einsetzen, dass es weiter gut vorangeht bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Darauf können wir aufbauen.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht. Es gibt aber auch vieles, was wir noch besser machen können. Lassen Sie uns gemeinsam anpacken! Lassen Sie uns Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam auf gutem Kurs halten!